

Antrag mehrheitlich  
angenommen

FREIHEITLICHE  
WIRTSCHAFT

**FW.**  
OBERÖSTERREICH

Wirtschaftskammer OÖ  
z.H. Frau Präsidentin  
Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer  
Hessenplatz 3  
4020 Linz

Linz, 2017 10 27

Antrag an das Wirtschaftsparlament der WKOÖ am 21.11.2017  
betreffend Zurücknahme der Belastungen für die Wirtschaft

Antragsteller : KommR Ing. Wolfgang Klinger, Delegierter zum WP-OÖ

Die Bundesregierung hat seit 2013 viele Belastungen für die Wirtschaft hervorgebracht. Es gab eine Steuerreform, zu deren Gegenfinanzierung die Unternehmer und deren Mitarbeiter herangezogen wurden. Der Steuersatz für Kapitalerträge aus Gewinnen einer GmbH ist auf 27,5% angehoben worden. Das bedeutet eine Steuererhöhung um 10%. Der besondere Steuersatz bei der Immobilienertragssteuer ist von 25% auf 30% angehoben worden. Das ist eine Steigerung von 20%.

Der Sachbezug für Firmenfahrzeuge ist von 1,5% auf 2% erhöht worden, eine Erhöhung um 33%. Die Umsatzsteuer für Beherbergung ist von 10% auf 13% erhöht worden. Eine Steigerung um 30%. Für Eintrittskarten ist diese Erhöhung ebenfalls eingeführt worden. Die Besteuerung des Ab-Hof Verkaufes für Wein ist von 12% auf 13% erhöht worden.

Die Unternehmer sind mit einer Registrierkassenpflicht belegt worden, die ihnen bei der Anschaffung sehr viel Geld gekostet hat und auch gesetzlich sehr schlecht vorbereitet worden ist. Die Regierung hat mit dieser Regelung die Unternehmer in der Öffentlichkeit unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung gestellt. Die Verlängerung der Abschreibungszeiten bei gewerblichen Gebäuden auf 40 Jahre bzw. z.B. bei Mitarbeiterwohnungen auf 66,66 Jahre ist ebenfalls praxisfremd und wirtschaftsfeindlich.

Daher stelle ich den

**Antrag:**

Die Wirtschaftskammer Oberösterreich möge sich einsetzen, dass die oben beschriebenen Belastungen wieder zurückgenommen werden.